UiD
CDU-Informationsdienst
Union in Deutschland
Bonn, den 18. Mai 1995
16/1995

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wir werden die Politik dieser Koalition konsequent fortsetzen

Selbstverständlich Anlaß zu „großer Freude" hat im Anschluß an eine Sitzung des Bundesvorstands Bundeskanzler Helmut Kohl auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus am 15. Mai die Ergebnisse der Wahlen in Nordrhein-Westfalen und in Bremen genannt.

Obwohl es nicht einfach war, in eine Wahl zu gehen, von der man überall – insbesondere in Nordrhein-Westfalen – hatte hören können, sie würde ohnehin keine Veränderung bringen, sei das Ergebnis in Bremen für die SPD „schlicht und einfach eine Katastrophe" und habe das Ergebnis in Nordrhein-Westfalen

Die Ära Rau ist vorbei

gezeigt: Die Ära Rau ist vorbei, selbst wenn es der Betroffene vielleicht selber noch nicht wisse.

Sechs Monate nach der Bundestagswahl habe sich nicht bewahrheitet, was in früheren Wahlperioden fast die Regel war, daß nämlich eine erfolgreiche Bundesregierung einen „Durchhänger" hinnehmen mußte. Helmut Kohl: Wir haben statt dessen gegen die Sozialdemokraten auf eine Weise gewon-

Fortsetzung auf Seite 2 ▶

HEUTE AKTUELL

Wahlen
Helmut Linsen: Nur der Rau-Bonus hat ein noch größeres Desaster der SPD verhindert. Seite 3
Ulrich Nölle: Eine stabile Koalition ohne die CDU ist in Bremen nicht möglich. Seite 4

8. Mai 1945
Bundeskanzler Helmut Kohl: Die Schrecken der Vergangenheit dürfen sich niemals wiederholen. Seite 10

Grundgesetz
Wolfgang Schäuble: Historische Chance für die Kommunen, aber die SPD sagt nein. Seite 16

Senioren-Union
Zehn Punkte zur Verbrechensbekämpfung. Seite 20

Dokumentation
Das vorläufige amtliche Endergebnis der Wahlen in Nordrhein-Westfalen und in Bremen. Grüner Teil

Helmut Kohl: Die CDU wird ihre ganze Entschlossenheit einsetzen

▶ Fortsetzung von Seite 1

nen, die bemerkenswert ist. Ich habe mich bei allen Freunden in der Partei zu bedanken, die dafür gekämpft haben. Das gilt vor allem für die beiden Spitzenkandidaten, für Helmut Linssen und Ulrich Nölle.

Scharping wird scheitern

In dem Wahlergebnis vom 14. Mai sieht der Bundeskanzler aber auch die Aussicht darauf, daß die Strategie Scharpings, die Bundesregierung über eine Blockadepolitik im Bundesrat in die Knie zu zwingen, scheitern wird. Er jedenfalls, so Helmut Kohl, „nehme diesen Fehdehandschuh auf". Punkt für Punkt würden deshalb die Gesetzgebungsvorhaben behandelt und weitergeführt. Die Politik dieser Koalition werde konsequent fortgesetzt.

Im Oktober bei den Wahlen in Berlin und nächstes Jahr bei den Wahlen in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz, werde sich zeigen, daß die CDU ihre ganze Entschlossenheit einsetzt und in den Erfolgen der Koalition in Bonn die beste Möglichkeit sieht, auch in den Ländern ihre Chancen zu verbessern und Wahlen zu gewinnen.

Mit großer Genugtuung kommentierte der Bundeskanzler die Mißerfolge der Rechts- und Linksradikalen. Daß die Bundesrepublik Deutschland acht Tage nach dem 8. Mai ihnen einmal mehr eine klare Absage erteilt hat, erfülle ihn mit großer Befriedigung. Deutschland sei ein Ort der Stabilität, und wir sind stolz darauf, so der Kanzler, daß wir dazu unsern Beitrag leisten konnten.

Ein guter Tag

Auch wenn er nicht daran glaube, daß irgendetwas einen jünger machen könne, sei es dennoch belebend, in solchen Zeiten Wahlkampf zu führen. Helmut Kohl: Es tut einem gut, solche Tage zu erleben, und heute ist ein guter Tag.

Generalsekretär Peter Hintze:

Eine gute Voraussetzung auch für die Wahlkämpfe, die vor uns liegen

Wir haben zwei interessante und insgesamt erfolgreiche Wahlkämpfe geführt: eine gute Voraussetzung auch für die Wahlkämpfe, die vor uns liegen. Wir wollen deshalb dafür sorgen, daß wir auch in Zukunft erfolgreich bleiben mit einer interessanten Parteiarbeit und mit einer Weiterentwicklung unserer Konzeption von der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft, wie wir sie im Grundsatzprogramm angelegt haben, werden wir den Fragen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert gerecht werden und auch in Zukunft Wahlen gewinnen.

Helmut Linssen:

Nur der Rau-Bonus hat ein noch größeres Desaster der SPD verhindert

Unser erstes Wahlziel hat voll gezogen, das heißt: Brechen der absoluten Mehrheit der SPD. Sie wissen, seit 15 Jahren gibt es diese absolute Mehrheit, die sich zu einer Betonmehrheit entwickelt hat. Die Sozialdemokraten haben das schlechteste Ergebnis seit 20 Jahren erreicht.

Wir haben sicherlich nicht auf Anhieb unser zweites Wahlziel, das heißt 40 plus X, erreicht, aber wir haben zugelegt, und wir haben damit sehr viel erreicht, denn für das Jahr 2000 ist es ungemein wichtig, daß die Erosion der SPD schon jetzt, im Jahre 1995, stattfindet. Der Rau-Bonus hat zwar dazu geführt, daß es kein noch größeres Desaster bei der SPD gegeben hat, aber auch der Rau-Bonus ist längst nicht mehr das, was er früher einmal war.

Die alten Schlachtrösser der SPD, ich nenne Herrn Schnoor und Herrn Farthmann, erscheinen nicht mehr im Landtag. Beide haben ihre Wahlkreise verloren. Damit ergibt sich eine völlige Veränderung der Landtagsfraktion der SPD. Aber an den Lockerungsübungen des Ministerpräsidenten heute morgen, der sich offensichtlich nicht mehr daran erinnern kann, was er alles vor dem Wahlkampf zu Rot/Grün vorgetragen hat, merkt man, daß er an seinem Sessel klebt. Es wird interessant sein, zu verfolgen, wie sich das weiterentwickelt.

Ich sage Ihnen voraus: eine rot-grüne Koalition wäre für Nordrhein-Westfalen eine Katastrophe, weil sich nämlich damit die Abwärtsbewegung Nordrhein-Westfalens gerade im wirtschaftlichen Bereich fortsetzen würde.

Für die CDU ist bemerkenswert, und das wird auch die Struktur der neuen Fraktion sehr stark bestimmen, daß wir statt 29 Wahlkreise nunmehr 43 Wahlkreise direkt gewonnen und davon allein 14 der SPD abgenommen haben. Das ist deshalb gut, weil natürlich möglichst viele der Fraktionsmitglieder auch in dem Wahlkreis zu Hause sein sollten, den sie gewonnen haben.

Ich bedauere, daß die FDP ausgeschieden ist, weil uns eine gute Zusammenarbeit

Erklärung des Spitzenkandidaten bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl, Helmut Linssen, auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Bundeskanzler am 15. Mai im Konrad-Adenauer-Haus

verbunden hat. Für die Koalition in Bonn sehe ich in diesem Zusammenhang keine Turbulenzen. Bemerkenswert ist aber, daß die Nicht-Koalitionsaussage der FDP sicherlich mit dazu geführt hat, daß die FDP nun zwischen allen Stühlen sitzt und auch aus dem Landtag herausgefallen ist.

Was die Themen unseres Wahlkampfes betrifft, so haben wir, wie Sie wissen, Arbeitslosigkeit, Innere Sicherheit, Kriminalitätsbekämpfung und die Bildungsprobleme in Nordrhein-Westfalen stark in den Vordergrund gerückt. Aber es war in diesem Wahlkampf nur schwer möglich, die-

se Themen auch so rüberzubringen, wie wir uns das gewünscht hatten, weil die SPD überhaupt nicht daran interessiert war und, wo es nur ging, den Versuch machte, den Wahlkampf überhaupt in Watte laufen zu lassen.

Ich glaube, das war auch der größte Fehler der SPD in ihrem Wahlkampf, daß sie die Diskussion über Sachprobleme verweigert hat.

Wir haben gemeinsam gekämpft, die CDU in Nordrhein-Westfalen ist in guter Verfassung. Wir werden jetzt alles weitere mit großem Interesse verfolgen. Die SPD ist mit der Regierungsbildung beauftragt und hat dabei die Federführung.

Norbert Blüm: Der Lack ist ab

Ich fasse zusammen: Der Lack ist ab. Das ist wichtig für die weitere Entwicklung in Nordrhein-Westfalen. Die SPD hat sich ja dargestellt, als wäre sie der Monopolist. Das ist nun vorbei, sie muß vom hohen Roß herunter. Und was am spannendsten ist: wie wird Herr Rau mit seinem Wort umgehen, daß er nicht der Ministerpräsident einer rot-grünen Koalition wird?

Ulrich Nölle:

Eine stabile Koalition ohne die CDU ist in Bremen nicht möglich

Das Wahlergebnis in Bremen hat die Zusammensetzung der Bürgerschaft grundlegend verändert. Wir haben schon während des Wahlkampfes festgestellt, daß sich in der Meinung der Bevölkerung zur SPD eine enorme Veränderung ergeben hat. Wir hatten schon vor der Wahl das Gefühl, daß ein Umschwung auch deswegen erforderlich gehalten wird, weil die Bevölkerung der SPD nicht mehr zutraut, dieses kleine Bundesland tatkräftig zu führen und auch zu sanieren.

Sie wissen, daß Bremen ein Sanierungsprogramm hat, daß Bremen fünf Jahre lang vom Bund Geld bekommt, um den Haushalt zu konsolidieren. Anderthalb Jahre dieses Fünfjahreszeitraums sind vorbei, und die Situation ist in Bremen schlechter denn je. Die Bevölkerung spürt, hier muß ein Wechsel her, und dieses Gefühl hat sich nun in der Wahl dramatisch entladen.

Wer vor vier Jahren noch sah, daß die SPD mit einer absoluten Mehrheit von 51 Prozent in die Wahl ging, dann auf 38,8 zurückfiel und der Unterschied zur CDU auf ganze 8 Prozentpunkte zusammenschmolz, wo er doch früher bei 27 Prozentpunkten lag, konnte diesmal erleben, daß die CDU am Wahlabend zeitweise die Nase sogar vorn hatte und nachher um 2.700 Stimmen daran gescheitert ist, bei zwar gleicher Sitzzahl größte Partei zu werden.

CDU und SPD haben nun in der Bürgerschaft je 37 Sitze: eine Situation, die das Desaster, das die SPD in Bremen erlebt hat, nicht ausreichend beschreibt.

Die Situation in Bremen ist wie folgt zu bewerten: Die SPD hat während des Wahlkampfes deutlich gemacht, daß sie eine

Koalition mit den Grünen möchte. Erst kurz vor Wahlende ist Wedemeier auf eine große Koalition eingeschwenkt – in der Hoffnung, er könne damit weitere Wähler für sich mobilisieren. Das Ergebnis sind 51 Prozent für Rot-Grün gegenüber 49 Prozent für die Opposition oder 2 Mandate Vorsprung.

Das heißt aber: Null Mandate Vorsprung, wenn man das Bremer Wahlrecht kennt, wonach bei der Wahl von Senatoren, und zwar jedem einzelnen Senator, 51 Stimmen erforderlich sind. Das heißt: wenn ich einen Senat mit 8 oder 9 Senatoren zusammenstelle, muß ich in acht oder neun Wahlgängen alle Abgeordneten, alle 51 Abgeordneten für die Wahl der Senatoren bekommen.

Daß dies nicht möglich ist, brauche ich nicht näher zu erläutern. Das haben auch in der Vergangenheit immer wieder die betreffenden Wahlen gezeigt. Der eine oder andere Senator hatte drei bzw. vier Stimmen weniger, als er eigentlich hätte haben müssen.

Für Bremen bedeutet das, zu überlegen: welche Koalition ist machbar? Und dabei steht jetzt schon fest: eine stabile Koalition ohne die CDU ist in Bremen nicht denkbar. Die CDU hat deshalb bei den Koalitionsverhandlungen, die wir morgen beginnen wollen, eine äußerst gute strategische Ausgangslage.

Wir wollen mit allen Gruppierungen, allen Parteien, die in der Bürgerschaft sind, sprechen, und wir wollen unsere Politik deutlich machen, die darauf hinausläuft, dieses Bundesland zu sanieren und seine Selbständigkeit zu erhalten.

Die Bremer sind in dieser Frage etwas altmodisch. Als die älteste Stadtrepublik der Welt möchten wir nicht gerne miterleben, daß unsere Selbständigkeit in Frage gestellt wird, zumal man in Bremen mit einer guten Politik hervorragende Möglichkeiten hat, dieses Land auch wirklich in eine gute Zukunft zu bringen.

Erklärung des Spitzenkandidaten bei der Bremer Bürgerschaftswahl, Ulrich Nölle, auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Bundeskanzler am 15. Mai im Konrad-Adenauer-Haus

Bernd Neumann: PDS und DVU nicht vertreten

Es hat bei dieser Wahl ja den Versuch der PDS gegeben, unter Einsatz von Hunderttausenden, wenn nicht bereits einer Million DM in diesen Wahlkampf einzugreifen und in einer vermeintlich für sie günstigen Großstadt zu einem ersten Erfolg in einem westdeutschen Bundesland zu kommen. Die PDS war zu Hunderten über viele Tage, an der Spitze der Herr Gysi, in Bremen vertreten. Das Ergebnis ist eindeutig: es ist schlechter als das Ergebnis bei der Bundestagswahl. Die PDS hat nicht mehr als 2,4 Prozent der Stimmen erreicht. Ähnlich bemerkenswert ist das Ergebnis der Rechtsradikalen. Bei der letzten Bürgerschaftswahl hatten sie zusammen über 7 Prozent auf Landesebene, die DVU zog dann in die Bremische Bürgerschaft ein. Sie hatte in Bremerhaven sogar 10 Prozent. Aber die Deutsche Volks-Union, die ebenfalls mit einem massiven Einsatz von Propaganda-Material in Bremen gewirkt hat, hat nur 2,5 Prozent der Stimmen erreicht.

Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

CDU gewinnt 43 Wahlkreise und holt 14 davon von der SPD

Die SPD verlor bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl vom 14. Mai 1995 ihre absolute Mehrheit, die sie drei Legislaturperioden lang innehatte. Ihr Wahlergebnis von 46,0 Prozent (= 3,817 Mio. Stimmen) ist das schlechteste seit 20 Jahren. Gegenüber der Landtagswahl von 1990 büßte sie 4 Prozentpunkte ein. Künftig wird sie im Landtag nur noch mit 108 von 221 Sitzen vertreten sein, die sie alle direkt gewann.

Sie verlor damit gegenüber der Vorwahl 15 Sitze. Zu beachten ist dabei, daß sich die Mandatszahl im neuen Düsseldorfer Landtag gegenüber der vergangenen Legislaturperiode um 18 verringert, da es diesmal zu weniger Überhang- und damit auch zu weniger Ausgleichsmandaten kam.

Die CDU konnte mit einem Anteil von 37,7 Prozent (= 3,124 Mio.) ihr Ergebnis der Vorwahl um 1 Prozentpunkt steigern. Im verkleinerten Landtag bringt ihr dies 89 Mandate (– 1) ein. Sie gewann 43 Wahlkreise direkt und holte 14 davon von der SPD. Umgekehrt konnte die SPD keinen Wahlkreis von der CDU gewinnen.

Die Grünen sind der große Zugewinner der Wahl und jetzt dritte Kraft im Lande. Sie konnten an ihr gutes Kommunalwahlergebnis vom Oktober vergangenen Jahres anknüpfen und mit 10,0 Prozent (= 831 Tsd.) ihren prozentualen Stimmenanteil gegenüber 1990 verdoppeln. Ihre Mandatszahl steigert sich dadurch um 12 auf 24.

Die FDP blieb – ebenso, wie bei den gleichzeitig in Bremen abgehaltenen Bürgerschaftswahlen – klar unter der Fünf-Prozent-Sperrklausel. Ihr Ergebnis von 4,0 Prozent (= 333 Tsd.) liegt um 1,8 Prozentpunkte unter demjenigen der Vorwahl. Sie konnte damit den positiven Trend, der sich bei der hessischen Landtagswahl vom Februar dieses Jahres für sie abzeichnete, nicht stabilisieren. Seit September 1993 verlor sie nunmehr ihre Sitze in 11 Landesparlamenten. Auch bei der Europawahl 1994 war sie nicht erfolgreich. Im Düsseldorfer Landtag ist sie nach 1980 zum

Wahlanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung

zweiten Mal nicht vertreten. Schon bei der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl vor einem halben Jahr hatte sie mit 3,8 Prozent ihr mit Abstand schlechtestes Ergebnis in der Geschichte des Landes erzielt.

Alle anderen Parteien kamen zusammen auf einen Anteil von 2,3 Prozent (1990: 2,5 Prozent). Die Stärksten unter ihnen sind mit 0,8 Prozent die Republikaner und mit 0,7 Prozent die Grauen. Extreme Parteien wurde damit erneut eine Absage erteilt: Die rechtsextremen Republikaner verloren sogar 1 Prozentpunkt; die linksextreme DKP kam nur auf ein Ergebnis von 0,1 Prozent.

Die Landtagswahl 1995 ist durch die niedrigste Wahlbeteiligung in der Nachkriegsgeschichte der nordrhein-westfälischen Landtagswahlen gekennzeichnet. Nur 64,1 Prozent der Wahlberechtigten machten

von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Das sind 7,7 Prozentpunkte weniger als bei der Landtagswahl 1990. Die Wahlbeteiligung folgt damit seit 1975 einem von Wahl zu Wahl sinkenden Trend. Sie verringerte sich seither um insgesamt 22 Prozentpunkte.

Absolut betrachtet gaben 8,354 Mio. der gut 13 Mio. Wahlberechtigten und damit 999 Tsd. weniger als 1990 ihre Stimme ab. Die Grünen sind die einzige Partei, die in dieser Situation Stimmen gewann – in der Größenordnung von 362 Tsd. Stimmen. Alle übrigen Parteien litten unter der Demobilisierung: Die SPD verlor 828 Tsd., die CDU 286 Tsd. und die FDP 203 Tsd. Stimmen.

Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung:

1. Die nordrhein-westfälische Landtagswahl wurde in hohem Maße von den Nichtwählern entschieden. Vor allem die SPD verlor den weitaus größten Teil ihrer Stimmen an das Nichtwähler-Lager. Darüber hinaus gab die SPD beträchtliche Stimmenanteile an die Grünen ab.

2. Der außerordentlich starke Rückgang der Wahlbeteiligung spiegelt eine Situation vor der Wahl wider, die in vierfacher Hinsicht als spannungslos bezeichnet werden kann:

- Rund drei Viertel aller Wähler erwarteten einen Wahlsieg der SPD, 50 Prozent (und sogar 70 Prozent der SPD-Anhänger) sogar die absolute Mehrheit. Daß es zu einem Regierungswechsel durch CDU und FDP kommen könnte, glaubte nur rund ein Drittel, aber fast 60 Prozent der CDU-Anhänger. Das Rennen war für die meisten bereits gelaufen.
- Im Vorfeld der Wahl wurde von den Wählern kaum akuter Problemdruck gespürt, die eigene Wirtschaftslage wurde ganz überwiegend positiv eingeschätzt. In dieser Situation gab es keinen akuten Anlaß zum Wechsel.
- Die Wahl fand in einer entpolitisierten Grundstimmung statt, zu der die SPD (nicht nur als erwarteter Wahlsieger) selber wesentlich beitrug. In ihrem Wahlkampf verzichtete sie auf die inhaltliche Auseinandersetzung und setzte statt dessen ganz auf ihren Spitzenkandidaten.

3. Das Abschneiden der SPD wurde fast ausschließlich von dem positiven Image von Ministerpräsident Rau bestimmt. Rau konnte sich auf parteiübergreifende Zustimmung stützen. Zwei Drittel aller Wähler, darunter ein Viertel der CDU-Anhänger, bevorzugten ihn als Ministerpräsidenten. Der Wahlausgang war eine Entscheidung für Rau, z.T. sogar gegen die Einschätzung der SPD, die als Partei ohne inhaltliches Profil blieb.

4. Die CDU wurde im Vorfeld der Wahl positiv als „unverbraucht" und „politisch konzeptionell" wahrgenommen. Allerdings gelang es ihr kaum, mit ihren zentralen Wahlkampfthemen: wirtschaftliche Erneuerung, innere Sicherheit und Bildungspolitik, die öffentliche Diskussion zu bestimmen, obwohl diese Themen zu den vordringlichen Aufgaben in den Augen der Bevölkerung gehörten.

5. Die wichtigsten politischen Aufgaben in Nordrhein-Westfalen waren:

- Arbeitsplätze,
- Wirtschaftspolitik,
- Innere Sicherheit,
- Sozialpolitik, Wohnungsbau, Familienpolitik und Asylpolitik, Umweltschutz
- Bildungspolitik

6. Die CDU galt in Fragen der Wirtschaftspolitik und der Verbrechensbekämpfung als die kompetentere Partei vor der SPD, in der Arbeitsmarktpolitik lag sie mit ihr gleichauf. Daß die CDU trotz ihres Kompetenzprofils in zentralen Fragen nocht besser abschnitt, kann als Beleg für das entpolitisierte Klima und die

hochgradige Personalisierung bei dieser Wahl gewertet werden.

Die CDU konnte ihre Wähler zwar besser als die SPD mobilisieren, sie verlor gleichwohl ca. 285.000 Stimmen, zumeist durch Nichtwahl, in geringerem Maße aber auch an die Grünen.

7. Die FDP hat in Nordrhein-Westfalen traditionell eine schwache Basis und verfügt kaum über ein eigenes landespolitisches Profil. Da die Partei einerseits keine Koalitonsaussage gemachte hatte, andererseits angesichts des erwarteten Wahlsiegers auch kaum eine Regierungsbeteiligung für die FDP erwartet wurde, gab es für viele keinen Grund mehr, die Partei zu wählen. Auch die FDP verlor das Gros ihrer Wähler an das Nichtwähler-Lager, daneben aber auch beträchtliche Anteile an die CDU und geringer an die SPD.

8. Die Grünen haben zunächst von der niedrigen Wahlbeteiligung profitiert, da sie selber über eine hochmotivierte Anhängerschaft verfügen. Vor allem hat ihnen ihre Koalitionsaussage zugunsten der SPD genutzt. Denn sie erlaubte vielen unzufriedenen bisherigen SPD-Wählern, diesmal „grün" zu wählen, ohne eine SPD-geführte Regierung und ohne Ministerpräsident Rau in Frage zu stellen. Die Grünen haben sich damit als dritte Partei etabliert und auch im strukturkonservativen Nordrhein-Westfalen das Image abgestreift, nicht regierungswillig und -fähig zu sein. ■

Bürgerschaftswahl in Bremen

Für die CDU setzt sich der Aufwärtstrend der Vorwahl fort

1. Das Wahlergebnis der Bürgerschaftswahl in Bremen vom 14. Mai 1995 hat die Parteienlandschaft in Bremen für die nächsten vier Jahre grundlegend verändert. Die SPD erlitt mit 33,4 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhebliche Einbußen (– 5,4 Prozentpunkte). Sie bleibt mit einem Vorsprung von nur 0,8 Prozentpunkten vor der CDU denkbar knapp stärkste Partei. Für die Sozialdemokraten ist dies das mit Abstand schlechteste Wahlergebnis aller Bürgerschaftswahlen seit 1947. Damit setzte sich der Niedergang fort, der schon bei der Vorwahl zu erdrutschartigen Verlusten geführt hatte. Insgesamt büßte die SPD gegenüber 1987, als sie noch über 50 Prozent der Stimmen auf sich vereinigte, ca. 17 Prozentpunkte ein.

Absolut wurde die SPD diesmal von 115 Tsd. Wählern gewählt, was gegenüber der Vorwahl einen Verlust von 29 Tsd. Stimmen bedeutet. Nach der Wählerwanderungsbilanz von infas profitierte die Wählervereinigung AFB am meisten von den Verlusten der SPD. Ca. 8.500 ehemalige SPD-Wähler wandten sich der AFB zu. Aber auch die CDU konnte 5.000 ehemalige SPD-Wähler für sich gewinnen. 6.500 Wähler der SPD von 1991 gingen diesmal nicht zur Wahl. In der Bürgerschaft wird die SPD künftig mit 37 Mandaten vertreten sein.

2. Die CDU verbesserte ihr Ergebnis von 1991 auf 32,6 Prozent der abgegebenen Stimmen (+1,9 Punkte). Sie wurde von 112 Tsd. Wählern gewählt (– 1.200 Stimmen). Die CDU setzte damit ihren Aufwärtstrend der Vorwahl fort. Das jetzige

Wahlergebnis liegt nahe an der Bestmarke von 33,8 Prozent aus dem Jahr 1975 und muß in dem Stadtstaat als Erfolg gewertet werden, da die CDU hier aus strukturellen Gründen (hohe Siedlungsdichte, hohe Arbeitsanteile, hohe Protestanteile) bei früheren Wahlen nur selten die 30-Prozent-Marke deutlich überschritt. Sie liegt damit erstmals fast gleichauf mit der SPD. In der neuen Bürgerschaft entfallen auf die CDU ebenfalls 37 Mandate.

3. Die Freien Demokraten verfehlten den Einzug in die Bürgerschaft deutlich. Mit 3,4 Prozent büßten sie 6,1 Punkte ein. Insgesamt entschieden sich 11 Tsd. Wähler für die FDP, das sind ca. 23 Tsd. weniger als 1991.

4. Die Grünen erreichten einen Stimmenanteil von 13,1 Prozent und konnten damit ihr Ergebnis der Vorwahl noch verbessern (+1,7 Punkte). Die Zahl ihrer Wähler stieg absolut um 3 Tsd. auf jetzt 45 Tsd. Ihre Mandatszahl in der Bürgerschaft steigt auf 14 Sitze.

5. Überraschend hoher Gewinner der Bürgerschaftswahl ist die Wählervereinigung „Arbeit für Bremen und Bremerhaven" (AFB). Zum zweiten Mal in der Nachkriegsgeschichte gelang in Bremen einer regionalen Wählervereinigung der Sprung in die Bürgerschaft. (1951 war dies der „Wählergemeinschaft der Fliegergeschädigten" [WdF] gelungen.) Aus dem Stand erreichte die AFB einen Stimmenanteil von 10,7 Prozent (37 Tsd. Wähler). Das Wahlziel, zusammen mit FDP und CDU eine regierungsfähige Koalition zur Sanierung des Stadtstaates zu bilden, wurde wegen des Scheiterns der FDP verfehlt. Gleichwohl gab es in Bremen eine Stimmenmehrheit aus CDU, AFB und FDP für eine Abwahl der rot-grünen Koalition. In der neuen Bürgerschaft wird die AFB mit 12 Mandaten vertreten sein.

6. Rechts- und linksextremen Parteien wurde bei dieser Wahl eine Absage erteilt. Unzufriedenen SPD-Wählern, die mit ihrer Stimmabgabe ihren Protest äußern wollten, bot sich mit der AFB eine Wählervereinigung der politischen Mitte an. Auf die DVU, die zwar in der letzten Bürgerschaft vertreten war, aber wegen interner Querelen ihren Fraktionsstatus eingebüßt hatte, entfielen nur noch 2,5 Prozent (= 8 Tsd. Stimmen). Sie büßte damit 3,7 Prozentpunkte ein (– 14 Tsd. Stimmen). Die Republikaner, die nur in der Stadt Bremen angetreten waren, kamen insgesamt auf 0,3 Prozent (= 1 Tsd. Stimmen).

Wahlanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die PDS erreichte mit 2,4 Prozent (= 8 Tsd. Stimmen) nicht einmal ihr Bremer Ergebnis der Bundestagswahl. Ihr Wahlziel, mit einem Einzug in die Bürgerschaft in Westdeutschland Fuß zu fassen, verfehlte sie somit deutlich.

7. Nur 68,6 Prozent der Wahlberechtigten (– 348 Tsd. Wähler) machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch, 3,5 Prozentpunkte weniger als 1991. Das ist die geringste Wahlbeteiligung seit 1951. Absolut beteiligten sich 27 Tsd. Wähler weniger an dieser Wahl als an der Vorwahl.

8. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, daß sich die SPD seit 1987 im Abwärtstrend befindet. Für die CDU setzte sich dagegen der Aufwärtstrend der Vorwahl fort, so daß der Abstand zwischen den beiden Volksparteien auf ein Minimum geschrumpft ist. Die FDP besitzt in Bremen keine stabile Wählerbasis; ihre Ergebnisse schwanken im Langfristvergleich deutlich. Schon bei der Wahl 1983 verfehlte sie den Einzug in die Bürgerschaft. Die Grünen liegen seit 1987 über 10 Prozent; sie besitzen in Bremen, wie in anderen Bundesländern auch, inzwischen eine Stammwählerschaft. ■

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Die Schrecken der Vergangenheit dürfen sich niemals wiederholen

In diesen Tagen gedenken wir des Endes des Zweiten Weltkrieges vor 50 Jahren. Es leben in unserem Land, in Europa und in anderen Erdteilen noch Millionen von Menschen, die diese Zeit selbst erlebt haben und davon berichten können. Vielfältige Erinnerungen werden wach, und bei manchen aus der älteren Generation beginnen Wunden wieder zu schmerzen, die schon ganz verheilt schienen.

Für all diese Erinnerungen und Gefühle gibt es keinen gemeinsamen Nenner. Wir sollten sie daher als existentielle Erfahrung des jeweils anderen respektieren und sie nicht zerreden. Wir sollten versuchen, dem jeweils anderen mit offenem Ohr und offenem Herzen zuzuhören. Dazu bedarf es einer Atmosphäre von Besinnung und Nachdenklichkeit. Gerade in der Achtung vor jedem einzelnen Schicksal drückt sich die Überzeugung von der allen Menschen gemeinsamen unantastbaren Würde aus.

Wer die Hölle der Konzentrationslager nicht durchlitten hat, der wird niemals nachempfinden können, was die Überlebenden dieses Grauens noch heute im Innersten bewegt. Wer das Leiden und Sterben auf den Schlachtfeldern des Krieges nicht miterleben mußte, der kann sich nur eine vage Vorstellung von den Alpträumen machen, die die Heimkehrer von damals noch heute heimsuchen. Wer das Glück hatte, seine Heimat nicht zu verlieren, der vermag die noch heute gegenwärtige Trauer von Vertriebenen und Flüchtlingen um das Land ihrer Kindheit und ihrer Vorfahren nicht wirklich zu verstehen.

Zwei Drittel der heute lebenden Deutschen sind nach dem Krieg geboren. Ihnen müssen Bilder und Filme, Augenzeugenberichte, Tagebücher und vor allem die in den Familien wiedergegebenen persönlichen Erinnerungen der älteren Generation die entsetzlichen Folgen des von Hitler entfesselten Krieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft vor Augen führen: Deutschland lag in Schutt und Asche, Millionen von Soldaten aus vielen Nationen hatten auf den Schlachtfeldern

Bundeskanzler Helmut Kohl am 6. Mai zum Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 50 Jahren

des Zweiten Weltkrieges ihr Leben gelassen. Millionen waren in Kriegsgefangenschaft geraten, viele als Kriegsversehrte zurückgekehrt.

Für viele Menschen, vor allem für die Häftlinge in den Konzentrationslagern, Todeszellen und Zuchthäusern, bedeutete das Ende des Krieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft die ersehnte Befreiung. Wir gedenken der Millionen Juden, der Sinti und Roma und der vielen anderen, die verfolgt, gequält und ermordet worden sind.

Wir erinnern uns an das Leiden und Sterben unschuldiger Frauen, Männer und Kinder aus anderen Völkern wie auch aus unserem eigenen Volk. Wir gedenken der vielen Menschen, die bei Flucht und Vertreibung Schlimmes erlitten haben. Millionen mußten ihre Heimat verlassen. Viele

kamen dabei um. Unter uns leben noch Frauen, die von bösen Erinnerungen gequält werden. Mütter haben vergeblich auf ihre Söhne, Ehefrauen und Bräute vergeblich auf ihre Männer und Verlobten gewartet. Viele Kinder haben im Zweiten Weltkrieg Vater, Mutter oder beide Eltern verloren.

Es kann keinen Zweifel daran geben, daß die Befreiung von der Hitler-Barbarei notwendig war, um in Deutschland einen freiheitlichen Rechtsstaat und in Europa Frieden und Versöhnung zwischen den Völkern zu ermöglichen.

Das Ende des Krieges bedeutete für die meisten zunächst das Ende von Angst um Leib und Leben. Es brachte neue Hoffnung. Aus dieser Hoffnung schöpften die Menschen an dem tiefsten Punkt unserer Geschichte die Kraft für einen Neubeginn. Sie konnten dabei auf dem moralischen Fundament derjenigen Deutschen aufbauen, die den Widerstand gegen Hitler gewagt hatten. In den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands nahm – nicht zuletzt dank weitsichtiger amerikanischer Hilfe, vor allem durch den Marshall-Plan – eine neue Ordnung des Rechts und der Freiheit schon bald Gestalt an.

Die Hoffnung auf neue Freiheit wurde bitter enttäuscht

Wahr ist aber auch, daß in Teilen Deutschlands und Europas die Hoffnung auf neues Recht und neue Freiheit sehr schnell bitter enttäuscht wurde. Unser Vaterland und unser Kontinent wurden geteilt. Freiheit und Demokratie konnten jenseits des früheren Eisernen Vorhangs erst vor wenigen Jahren, nämlich nach dem Ende der kommunistischen Diktatur, verwirklicht werden.

Am 8. Mai 1945 hätte niemand in Deutschland zu träumen gewagt, daß wir am Anfang der längsten Friedensperiode in der jüngeren deutschen Geschichte stehen würden und daß unser Land am Ende dieses Jahrhunderts weltweit Ansehen und Sympathie genießen würde. Heute ist Deutschland in freier Selbstbestimmung und mit der Zustimmung all seiner Nachbarn wiedervereint. Gerade im Rückblick auf die Erfahrungen der Vergangenheit haben wir allen Grund, dafür dankbar zu sein.

Die ehemaligen Gegner reichten uns die Hand

Viele haben zu dem Vertrauen beigetragen, das Deutschland heute entgegengebracht wird. Dazu gehören vor allem die Angehörigen jener Generation, die unser Land aus physischen und geistigen Trümmern wieder aufgebaut hat. Mit besonderer Dankbarkeit erinnern wir uns in diesen Tagen auch daran, daß ehemalige Kriegsgegner uns die Hand zu Versöhnung und Freunschaft gereicht haben.

Der 8. Mai führt uns besonders eindringlich vor Augen, daß ein Leben in Frieden und Freiheit keine Selbstverständlichkeit ist. Er mahnt uns, auf eine Friedensordnung in Europa hinzuwirken, die sich auf die uneingeschränkte Achtung der persönlichen Menschenrechte und auf das Völkerrecht gründet.

Dies ist die entscheidende Lektion aus den Erfahrungen des in wenigen Jahren zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts, das so viel Leid und Elend gesehen hat – und in Teilen der Welt, ja unseres eigenen Kontinents, immer noch oder schon wieder sieht. Wir Deutschen wollen diese Lektion beherzigen im Blick nach vorn, im Blick auf die Zukunft unserer Kinder und Enkel. Dann – und nur dann – haben wir Grund zur Zuversicht, daß sich die Schrecken der Vergangenheit niemals wiederholen werden. ■

Das unsagbare Leid hat sich in unser Gedächtnis eingebrannt

Ansprache von Bundeskanzler Helmut Kohl im Großen Saal des Kreml-Palastes am 9. Mai 1995 in Moskau

Es bewegt mich, heute hier in Moskau für das vereinte Deutschland sprechen zu können – 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Die Erinnerungen, die diese Tage wachrufen, gehen den Menschen unserer Völker zu Herzen, und sie sind unauslöschlich.

Das unsagbare Leid, das dieser Krieg über die Menschen brachte, hat sich ins Gedächtnis unserer Völker eingebrannt. Die historische Verantwortung bleibt: Das nationalsozialistische Regime in Deutschland hat den Zweiten Weltkrieg entfesselt. Es hat den Vernichtungsfeldzug – zuerst gegen Polen – und dann den Völkermord an den europäischen Juden geplant und begangen.

Wir erinnern uns hier in Moskau an das millionenfache Unglück, das Hitlers Krieg über die Russen und die anderen Völker der Sowjetunion gebracht hat. Schreckliches wurde den Menschen angetan. Ich verneige mich vor den Toten und trauere mit den Müttern, mit den Witwen und den Waisen.

Wir gedenken der Soldaten aus so vielen Völkern, die gefallen sind oder in Kriegsgefangenschaft ums Leben kamen. Ich erinnere auch an Millionen von Vertriebenen und Flüchtlingen, besonders in meinem eigenen Land.

Wir wollen die Leiden und das Sterben, den Schmerz und die Tränen nicht vergessen. Das schulden wir den Opfern. Nur so kann die Erfahrung der damals allgegenwärtigen Unmenschlichkeit einen Sinn ergeben und uns Mahnung sein.

An die nachwachsenden Generationen müssen wir die alles entscheidende Lehre aus der Barbarei dieses Jahrhunderts weitergeben: Friede beginnt mit der Achtung der unbedingten und absoluten Würde des einzelnen Menschen in allen Bereichen seines Lebens.

Diese gemeinsame Überzeugung hat uns heute hier zusammengeführt, 50 Jahre nach der Befreiung der Welt - auch Deutschlands – von dem nationalsozialistischen Gewaltregime. Auch jetzt ist Europa noch nicht frei von Unfrieden und Unterdrückung. Ebensowenig dürfen wir an diesem Tag verschweigen, daß das Ende des Zweiten Weltkriegs nicht allen Menschen in Europa – auch nicht in Deutschland – persönliche Freiheit und die Herrschaft des Rechts verhieß.

Heute sind Kalter Krieg und kommunistische Diktatur überwunden. Wir haben die Chance zum Bau einer Friedensordnung, die sich auf die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts gründet. Ich wünsche mir von Herzen, daß Rußland als demokratischer Rechtsstaat dazu seinen eigenen Beitrag leistet. Wir wollen mit einem demokratischen Rußland als Freunde und Partner in einer freien und friedlichen Welt leben.

Unsere Kinder und Enkel werden uns danach fragen und beurteilen, wie wir in unserer Zeit die praktischen und moralischen Herausforderungen bewältigen, um Frieden und Freiheit heute und für kommende Generationen zu sichern.

Dem großen russischen Volk wünsche ich auf seinem gewiß nicht einfachen Weg in eine gute Zukunft Gottes Segen. ■

CDU/CSU zur Wahl von Chirac: Gemeinsam den Erfolg 1996 vorbereiten

Zum Ausgang der französischen Präsidentschaftswahlen erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beglückwünscht Jacques Chirac zu seinem klaren Wahlsieg. Sie ist sicher, daß unter ihm die deutsch-französischen Beziehungen in einer Art und Weise fortgeführt werden, wie sie General Charles de Gaulle begründet hat.

Nach der Wahl des neuen französischen Präsidenten müssen Frankreich und Deutschland nun sehr schnell ihre Positionen für die Revisionskonferenz 1996 in Übereinstimmung bringen. Der Erfolg dieses Treffens hängt entscheidend von ihnen ab; ohne einen Erfolg hängt Europa in der Luft.

Zunächst darf das in Maastricht Beschlossene nicht gefährdet werden; vor allem nicht die Währungsunion, das Schlüsselprojekt für den weiteren Fortgang des europäischen Einigungsprozesses. Würden Deutschland und Frankreich in der Stabilitätspolitik auseinanderfallen, hätte das weitreichende Auswirkungen. Die 96er Konferenz muß im Blick auf die Währungsunion und angesichts außerordentlicher äußerer und innerer Herausforderungen die Kohäsion der Union durch wesentlich größere Effizienz in allen Bereichen, vor allem in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und bei bestimmten Bereichen der Innen- und Justizpolitik, steigern.

Wie das ohne Mehrheitsentscheidungen möglich sein soll, ist schwer zu sehen. Die Institutionen der Union müssen refomiert werden, aber so, daß ihre Balance nicht zerstört wird. Die Reform der Union muß ihre Erweiterung ermöglichen.

Unverkennbar bedarf es harter Arbeit, um die Positionen in diesen schwierigen Problemen zwischen Deutschland und Frankreich zu akkordieren. Aber beide haben keine Alternative zu Europa und zu einem deutsch-französischen Schulterschluß. Jacques Chirac weiß das, und der hat es oft genug ausgedrückt. Für eine nicht-europäische Politik gäbe es auch in der Assemblée in Paris keine Mehrheit.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird die Zusammenarbeit mit ihren französischen Partnern, vor allem der RPR-Fraktion, in der nächsten Zeit noch intensivieren, um so ihren Beitrag für ein Gelingen der Regierungskonferenz zu leisten.

Glückwünsche an Jacques Chirac

Zu seiner Wahl zum neuen Präsidenten der Französischen Republik hat Bundeskanzler Helmut Kohl Jacques Chirac herzlich gratuliert, Glück und Erfolg gewünscht sowie seine Überzeugung ausgedrückt, „daß die enge Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern und Völkern mehr denn je zu den unverzichtbaren Voraussetzungen für die erfolgreiche Bewältigung der vor uns liegenden großen Herausforderungen gehört“. Helmut Kohl: „Dies gilt ganz besonders für die europäische Einigung, die wir zur Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand gemeinsam weiter voranbringen wollen.“

Kein Schattendasein für die Arbeit der Mütter!

In Deutschland werden 47 Milliarden bezahlter Arbeitsstunden geleistet. 77 Milliarden Arbeitsstunden bleiben unbezahlt. Es ist die Arbeit der Frauen und Mütter. Das entspricht etwa einem Drittel des Bruttosozialprodukts. Die CDU erkennt diese Leistungen an.

● **Wir haben** Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub eingeführt.

● **Wir haben** Erziehungszeiten von Müttern im Rentenrecht anerkannt.

● **Wir haben** die Pflege in der Familie anerkannt und erreicht, daß den Pflegebedürftigen mit der Pflegeversicherung geholfen werden kann.

● **Wir halten** am Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab 1. Januar 1996 fest.

● **Wir schaffen** den Familienleistungsausgleich:

- gerechter!
- durchschaubarer!
- einfacher!

● **Wir erkennen** den Haushalt als Arbeitsplatz an.

Wir machen Politik für alle Frauen. Für Mütter, die ihren Arbeitsplatz in die Familie verlegen. Für erwerbstätige Mütter, die Familie und Beruf miteinander vereinbaren.

Wir machen Politik für alle Väter, die mehr Zeit mit ihren Familien verbringen wollen. Für alle Männer, die ernst machen mit der gerechten Verteilung von Arbeit.

Claudia Nolte ehrt Trümmerfrauen

Für ihre Leistungen beim Wiederaufbau nach dem Krieg hat Claudia Nolte am 8. Mai 20 Trümmerfrauen geehrt.

Auf einer Festveranstaltung im Dresdner Rathaus aus Anlaß des 50. Jahrestages des Kriegsendes sprach die Bundesfrauenministerin den Frauen stellvertretend für Millionen Frauen dieser Generation Dank aus: „Die Leistung, das Zupacken, die selbstverständliche Übernahme von Verantwortung bleibt Vorbild. Wir werden das nicht vergessen und sind Ihnen zu Dank verpflichtet."

Vor den Frauen aus neun Städten erinnerte die Bundesministerin daran, daß in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor allem den Frauen die Lasten des Wiederaufbaus zufielen. Auch seien nicht nur die deutschen Frauen betroffen gewesen. Dieses Schicksal habe in gleicher Weise in Coventry, Rotterdam und zahllosen anderen zerstörten Städten eine ganze Generation von Frauen getroffen.

Um so mehr sei es ein Zeichen des Friedens und der Versöhnung, daß an der Feierstunde auch Frauen aus Dresdens Partnerstädten St. Petersburg, Skopje, Ostrava und Rotterdam teilnahmen.

Zwei Milliarden Mark mehr für die Städte und Gemeinden

Sieben gute Gründe sprechen für den Vorschlag der Bundesregierung, die Kommunen unmittelbar an der Mehrwertsteuer zu beteiligen und dafür am 12. Mai 1995 das Grundgesetz zu ändern:

- Von 1996 bis 1999 erhalten die Kommunen 2 Mrd. DM mehr in die Kasse als sie bei der Ermäßigung der Gewerbesteuer abgeben.
- Städte und Gemeinden sind künftig an vier großen Steuern unmittelbar beteiligt:
  - Grundsteuer,
  - Lohn- und Einkommensteuer,
  - verbleibende Gewerbesteuer,
  - Mehrwertsteuer.
- Auch bei der Beteiligung an der Umsatzsteuer werden durch den Verteilungsschlüssel die kommunalen Aktivitäten bei der Wirtschaftsförderung belohnt.
- Die kommunale Finanzausstattung wird nicht nur um Milliarden verbessert, sondern auch stetiger und kalkulierbarer.
- Bei der verbleibenden Gewerbesteuer bleibt das kommunale Hebesatzrecht erhalten.
- Die Erleichterungen bei der Gewerbesteuer helfen der Wirtschaft und damit auch den Kommunen, denn eine gute wirtschaftliche Entwicklung ist die beste Initiative für die kommunalen Kassen!
- Führende Kommunalpolitiker Deutschlands, an der Spitze Stuttgarts Oberbürgermeister Manfred Rommel, haben sich für die Grundgesetzänderung und damit für die unmittelbare Beteiligung der Kommunen an der Mehrwertsteuer ausgesprochen.

Von Horst Waffenschmidt, Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU

Wer angesichts dieser Tatsachen ablehnt, das Grundgesetz zu ändern, handelt gegen die Interessen der Städte und Gemeinden und damit gegen die Interessen der Mitbürgerinnen und Mitbürger. Insbesondere die SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag bleiben aufgerufen, ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden und für die Grundgesetzänderung zu stimmen.

Karl Jung neuer Staatssekretär im Arbeitsministerium

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat am 5. Mai den bisherigen Leiter der Abteilung „Pflegeversicherung, Prävention und Rehabilitation", Karl Jung, zum Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung berufen.

Staatssekretär Jung ist damit Nachfolger von Bernhard Worms, der zum 31. März in den Ruhestand getreten ist. Karl Jung wird als Staatssekretär zuständig für die Abteilungen Z (Personal, Verwaltung, Haushalt, Informationsverarbeitung), IV (Sozialversicherung, Sozialgesetzbuch), V (Pflege, Prävention und Rehabilitation) und VI (Kriegsopfer, Versorgungsmedizin).

Historische Chance für Kommunen – SPD sagt Nein

Nach dem erklärten Willen der Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP soll die Gewerbekapitalsteuer zum 1. Januar 1996 abgeschafft und die Gewerbeertragsteuer mittelstandsfreundlich abgesenkt werden. Am 12. Mai wird die Regierungskoalition den Vorschlag für eine Grundgesetzänderung auf die Tagesordnung des Deutschen Bundestages bringen, der es erlaubt, Städten und Gemeinden einen vollwertigen Ausgleich zu verschaffen, in dem sie einen eigenen unmittelbaren Anteil an der Umsatzsteuer in Höhe von 2,7 Prozent zugewiesen erhalten.

Für diese Grundgesetzänderung ist eine zweidrittel-Mehrheit im Bundestag erforderlich. Rudolf Scharping ist dabei, seine Fraktion darauf einzuschwören, diesen Einstieg in eine durchgreifende Gemeindefinanzreform abzulehnen. Weiß er, was er tut?

1. Die von uns vorgeschlagene Gewerbesteuerreform ist längst überfällig, denn die Gewerbesteuer ist eine schlechte Steuer: Sie belastet die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, da unsere Hauptkonkurrenten sie in dieser Form nicht kennen. Sie führt in ihrer heutigen Ausgestaltung auch im Inland zu gravierenden Wettbewerbsverzerrungen, und die Unternehmen werden durch sie gleich zweimal belastet, da der Gewerbeertrag auch der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer unterliegt, das Gewerbekapital zugleich der Vermögensteuer. Und was ganz unerträglich ist: Die Gewerbekapitalsteuer muß auch dann entrichtet werden, wenn ein Unternehmen Verluste macht.

2. Als Ersatz für das Aufkommen aus der Gewerbesteuer sollen die Kommunen einen festen Anteil am Umsatzsteueraufkommen erhalten, das bisher nur Bund und Ländern zusteht. Auf diese Weise können sich die Städte und Gemeinden eine verläßliche, stetig wachsende, konjunkturunabhängige Finanzgrundlage erschließen, die ihre Finanzautonomie dauerhaft sichert – so wie sie dies seit Jahrzehnten gefordert haben. Das Bindeglied zwischen Kommunen und der Wirtschaft bleibt erhalten, ein an Lohnsumme und Anlagevermögen der ortsansässigen Betriebe ausgerichteter Verteilungsschlüssel honoriert Ansiedlungs- und Gewerbeförderungspolitik. Die Bundesregierung hat eine feste Zusage gegeben, daß sich am Ende der Reform keine Gemeinde schlechter stehen wird als zuvor.

Von Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

3. Kommt die geplante Neuregelung nicht, dann müßte die Gewerbekapitalsteuer aus EU-rechtlichen Gründen in den neuen Ländern, in denen sie bisher nicht erhoben wurde, neu eingeführt werden. Dies muß um jeden Preis verhindert werden. Gerade die Gewerbekapitalsteuer wäre Gift für die noch stark mit Verlusten kämpfenden Unternehmen im Osten Deutschlands. Wer die Einführung dieser Steuer in den neuen Ländern zuläßt, der muß dann auch den Menschen erklären, warum er auf der einen Seite für Förderung und Unterstützung ist, wenn er ihnen auf der anderen Seite wieder gefährdet, was sie gerade aufgebaut haben.

4. Aus diesen und vielen anderen Gründen sprechen sich seit Jahren alle Experten für die Abschaffung oder wenigstens Absenkung der Gewerbesteuer aus. Für den Bund der Steuerzahler ist die Gewerbesteuer nichts anderes als ein „Bremsklotz für die wachstums- und beschäftigungspolitisch so wichtigen Investitionen". Und auch die mittelständische Wirtschaft – vom Handwerk bis zum Einzelhandel – hat die vorgesehenen Maßnahmen zur Gewerbesteuerreform als notwendig und ausgewogen bezeichnet.

5. Keine Gewerbesteuerreform gegen die Städte und Gemeinden. Die wichtigste kommunale Vereinigung, der Deutsche Städtetag – auf den der Vorschlag einer Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer zurückgeht –, hat bei den Anhörungen des Finanzausschusses in der vergangenen Woche die Opposition ausdrücklich aufgefordert, der vorgeschlagenen Grundgesetzänderung umgehend zuzustimmen. Hinter einem angeblich unisono ablehnenden Votum der Kommunen kann sich die SPD seit Freitag letzter Woche nicht mehr verstecken.

Kommunale Spitzenverbände dafür, Unternehmen dafür, Mittelstand dafür, Steuerzahler dafür – Scharping kümmert das alles wenig. Die SPD sagt „njet", eine Politik, ungefähr so einfallsreich wie die, mit der weiland Nikita Chruschtschow den UN-Sicherheitsrat lahmzulegen pflegte. Strukturerhalt um jeden Preis aber ist das Gegenteil von gestaltender Politik. Daß Scharping mit seiner sturen Verhinderungs- und Blockadepolitik die SPD in die Isolation, in immer neue Sackgassen treibt, scheint ihm egal zu sein. Wie oft verrennt sich die SPD noch?

Wir halten die einmalige historische Chance in Händen, eine wirklich durchgreifende Reform der Gemeindefinanzen einzuleiten. Ich fordere jeden Bürgermeister, jeden Finanzdezernenten, jeden kommunalen Mandatsträger – und ganz besonders die politisch Verantwortlichen in den neuen Ländern – auf, alles daran zu setzen, daß diese Chance nicht sinnlos vertan wird.

Entwicklung der Arbeitsmarktzahlen im April

Im April 1995 ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf 3,605 Millionen Personen gesunken, das sind rund 200.000 weniger als vor einem Jahr.

Die Arbeitslosenquote belief sich im April 1995 auf 9,4 Prozent (Westdeutschland: 8,3 Prozent; Ostdeutschland: 13,9 Prozent). Die Arbeitslosigkeit in den alten und neuen Bundesländern geht weiter zurück. Eine über die saisonale Entlastung hinausgehende konjunkturelle Besserung gab es nicht.

In den alten Bundesländern waren Ende April 1995 2,564 Millionen Menschen arbeitslos. In den neuen Bundesländern sind 1.040 Millionen Menschen arbeitslos. Dort steigt die Zahl der Arbeitsplätze weiterhin.

Nach wie vor spielt die Kurzarbeit nur eine geringe Rolle. Die Zahl der offenen Stellen liegt um 23 Prozent höher als vor einem Jahr.

Der Einsatz von beschäftigungsfördernden Maßnahmen und Weiterbildungsmaßnahmen führt zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes um rund 960.000 Personen, davon 588.000 in den neuen Ländern. Das sind 98.000 mehr als im April 1994.

Der Arbeitsplatzabbau ist in den vergangenen Monaten stark abgeflacht. Der Rückgang der Erwerbstätigkeit ist saisonbereinigt fast zum Stillstand gekommen. ■

Meilenstein im Kampf gegen die Weiterverbreitung

Der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Untersuchungsausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Friedbert Pflüger, erklärte zum erfolgreichen Abschluß der Verlängerungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages:

Das eindeutige Votum in New York ist ein Meilenstein im Kampf gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Damit ist eine dauerhafte völkerrechtliche Grundlage für ein internationales Kontrollregime geschaffen.

Die unbefristete und unkonditionierte Verlängerung des Vertrages einschließlich eines Prinzipienkatalogs entspricht ohne Abstriche der Haltung des Deutschen Bundestages, der über die Parteigrenzen hinweg die Haltung der Bundesregierung auf der Konferenz unterstützt hat.

Vor wenigen Wochen noch erschien das eindrucksvolle Resultat der Konferenz als unmöglich. Im Gegenteil war vielfach ein Scheitern der Konferenz vorausgesagt worden. Daß es zu einem positiven Abschluß kam, ist vor allem auch auf die konstruktive Führungsrolle der USA zurückzuführen.

Nicht zuletzt aber bedeutet das Ergebnis in New York auch einen großen Erfolg für die Bundesregierung, die im Vorfeld der New Yorker Tagung und auf der Konferenz selbst mit großer Umsicht und viel Sensibilität als „Werber" für die Verlängerung angetreten ist.

Für generelle Kennzeichnung von Gen-Nahrung

„Bundesgesundheitsminister Seehofer hat voll und ganz recht, auf einer Kennzeichnung gentechnisch veränderter Nahrungsmittel zu beharren. Der Verbraucher hat ein Anspruch auf vollständige Information. Er soll wissen, was auf den Tisch kommt." Dies erklärte der umweltpolitische Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Karl-Heinz Florenz.

Die Ethik-Beratergruppe der EU hatte am 12. Mai empfohlen, gen- oder biotechnisch veränderte Nahrungsmittel nur dann gesondert zu kennzeichnen, wenn sie substantiell verändert wurden. Diese Expertise begrüßte der zuständige Kommissar Martin Bangemann, die seine Pläne für ein entsprechendes Gesetz über neuartige Lebensmittel unterstützt. „Herr Bangemann bezeichnete kürzlich den Wunsch des europäischen Verbrauchers nach genereller Kennzeichnungspflicht als absoluten Schwachsinn. Ich bezeichne es als politischen Schwachsinn, wenn ein liberaler Politiker sich so über einen legitimen Anspruch des Wählers hinweggesetzt. Seine Absicht, nur etikettieren zu lassen, was, wie er sagt, wirklich wichtig ist, kommt einer ungeheuerlichen Bevormundung des Bürgers gleich. Das Europäische Parlament hat seit jeher für eine umfassende Kennzeichnungspflicht plädiert und ich werde mich mit Nachdruck dafür einsetzen, daß dieser Forderung Rechnung getragen wird", so Florenz abschließend.

Europa-Fahndungssystem erfolgreich: 30 Prozent mehr Aufgriffe registriert

Das neugeschaffene gemeinsame Fahndungssystem der Schengen-Staaten hat die Zahl der Aufgriffe von gesuchten Straftätern und illegal Einreisenden in Deutschland um bis zu 30 Prozent erhöht.

Dies sagte der Staatsminister im Kanzleramt, Bernd Schmidbauer, auf dem Europäischen Forum zur Innen- und Justizpolitik der Europäischen Union (EU). Seit dem Wegfall der Grenzkontrollen zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, den Benelux-Staaten sowie Spanien und Portugal am 26. März meldeten auch die anderen Partnerstaaten eine Zunahme der Aufgriffe, so Schmidbauer.

Er wertete diese Entwicklung als Beleg dafür, daß die Öffnung der Grenzen wegen der intensiveren polizeilichen Zusammenarbeit und der gemeinsamen Visa- und Asylpolitik nicht zu Sicherheitseinbußen für die Bürger geführt habe.

Verbesserungen seien aber in Details, so bei der grenzüberschreitenden Verfolgung flüchtender Straftäter, erforderlich. Bei der sogenannten Nacheile müßten die Beamten der Partnerstaaten gleiche Rechte bekommen, betonte Schmidbauer.

Bislang sind die Regelungen noch unterschiedlich. Allein die Bundesrepublik gesteht Polizisten ihrer westlichen Nachbarländer unbeschränktes Verfolgungsrecht zu, während dies in umgekehrter Richtung räumlich und zeitlich begrenzt ist.

Kurt Schelter, Staatssekretär im Bonner Inneministerium, sagte auf der Veranstaltung der französischen Regierung die volle Unterstützung Deutschlands für den Abschluß der Europol-Konvention bis zum EU-Gipfel Ende Juni in Cannes zu. Schelter hob in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der internationalen Bekämpfung des Atomschmuggels hervor: „Diese Bedrohung ist vorhanden. Sie ist ernstzunehmen und darf nicht wegdiskutiert werden".

Positiv bewertete der Staatssekretär die Arbeit der in Den Haag angesiedelten Europol-Drogeneinheit, die als Vorläufermodell einer künftigen europäischen Polizeibehörde gilt: Im vergangenen Jahr sei die Behörde in fast 600 Fällen aktiv geworden. Mehrfach habe sie dazu beigetragen, Drogen-Lieferungen nach Europa zu beobachten und polizeiliche Zugriffe sicherzustellen.

Schelter schlug vor, angesichts der Dimension des organisierten Verbrechens auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in die Kriminalitätsbekämpfung einzubinden.

600.000 neue Wohnungen 1995 möglich

Von einer positiven Wende der jüngsten Entwicklung am deutschen Wohnungsmarkt haben in einer Aussprache zur Wohnungspolitik im Bundestag CDU/CSU und FDP gesprochen. Nach dem Rekord von 1994 mit über 500.000 neuen Wohnungen seien 1995 sogar 600.000 Fertigstellungen möglich. Bei Neuvermietungen würden die Mieten bereits sinken. Allerdings fehlten in den Ballungsräumen nach wie vor bezahlbare Wohnungen, vor allem für Familien mit Kindern.

Zehn Punkte zur Verbesserung der Verbrechensbekämpfung

Auf dem bundesweiten Fachkongreß der Senioren-Union am 4. Mai 1995 in Aachen wurden die Tatsachen auf den Tisch gelegt: 91 Prozent der Bürger in NRW haben Angst vor Einbruch, Überfällen und Gewalttaten. 160 kriminelle Delikte pro Stunde sind eine sehr handfeste und hautnahe Bedrohung für jeden von uns. Immer brutaler und gewalttätiger werden die Straftäter, und wie Metastasen breiten sich mafiaähnliche Organisationen aus.

In Theorie und Praxis machten die Kongreßteilnehmer und die Experten darauf aufmerksam, daß es vielerlei Maßnahmen gibt, um der Kriminalität entgegenzuwirken. Vertreter von Selbsthilfegruppen, wie z. B. Kum und Luk aus Köln, machten praxisbezogene Ausführungen und stellten den Mitgliedern und Freunden der Senioren-Union dar, wie wichtig es ist, daß ältere und alte Menschen vordringlich Selbstbehauptung erlangen.

Täter entmutigen

Wer nicht von vornherein in einer Opferhaltung erscheint, der erscheint auch nicht für den Täter als leichtes Opfer. Insofern können Senioren durch Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungs-Training eine ganze Menge selbst dazu beitragen, daß sie nicht von vornherein als „leichtes Opfer" eingeschätzt werden.

„Deutlich verbessert werden muß die Handlungskompetenz der Polizei in der grenzüberschreitenden Verbrechensbekämpfung", so der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Bernhard Worms.

Weiterführend stellte der Bundesvorsitzende der Senioren-Union einen 10-Punkte-Forderungskatalog der Öffentlichkeit vor, und die Senioren-Union wird in allen Bundesländern diesbezüglich politisch aktiv werden, um diese 10 Punkte zur Sicherheit der Bürger und zur Handlungskompetenz der Polizei umzusetzen.

- Ohne gleichzeitige Schaffung von politischen, rechtlichen, organisatorischen und technischen Rahmenbedingungen ist eine erfolgreiche Arbeit von EUROPOL nicht möglich.
- EUROPOL sollte die Bekämpfung von Organisationen und von Straftätern, die zum Nachteil der EU vor allem im Bereich der Drogenkriminalität agieren, übertragen werden.
- EUROPOL sollte nicht als supranationale Relaisstation fungieren. Vielmehr ist eine Integration der verschiedenen Verbundsysteme in EUROPOL anzustreben.

> Bernhard Worms: „Deutlich verbessert werden muß die Handlungskompetenz der Polizei in der grenzüberschreitenden Verbrechensbekämpfung".

- Intelligence-Arbeit, Koordinierung von Ermittlungen sowie Beratung und Unterstützung nationaler Polizeien sollte zentrale Aufgabe von EUROPOL sein.
- Die Errichtung einer Exekutivpolizei.
- Originäre Ermittlungszuständigkeiten sollten zunächst auf die Bekämpfung von Straftaten zum Nachteil der EU beschränkt bleiben.
- Von EUROPOL sollten darüber hinaus deliktunabhängig zentrale Serviceaufgaben als Koordinations-, Ansprech- und Informationssammelstelle auf den Gebieten

Arbeitskreis Europäische Senioren-Union gegründet

Am 5. Mai wurde in Aachen nach einer langen Vorbereitungsphase der Arbeitskreis Europäische Senioren-Union gegründet.

Anwesend waren Vertreter aus christdemokratischen Seniorenorganisationen in Belgien, Deutschland, Finnland, Luxemburg, Österreich und Spanien.

Die Initiative zur Gründung einer Europäischen Senioren-Union geht zurück auf Elisabeth Dispaux-Cornil, Vorsitzende der Seniorenvereinigung des PSC (Belgien) und Bernhard Worms, Vorsitzender der Senioren der CDU (Deutschland).

Während dieser ersten Sitzung des Arbeitskreises in Aachen ist ein Exekutivkomitee bestimmt worden: Vorsitzender des Komitees wurde Dr. Knafl, ÖVP (Österreich). Weitere Mitglieder sind: Elisabeth Dispaux-Cornil, Dr. Berié, CDU (Deutschland), Dr. Bollendorf, CSV (Luxemburg), Herr Miralles, Unio Democratica de Cataluna (Spanien).

Das neugegründete Exekutivkomitee hat die Aufgabe, den Gründungskongreß der Senioren-Union vorzubereiten, der Anfang November in Madrid, parallel zum EVP-Kongreß stattfinden wird.

der Kriminaltechnik, der Forschung, der Aus- und Fortbildung und des Erkennungsdienstes geleistet werden.

- Die Übertragung von Ermittlungszuständigkeiten bedingt, daß auch gleichzeitig Exekutivbefugnisse eingeräumt werden.
- EUROPOL sollte als Zentralstelle mit eigenen Außenstellen – angesiedelt bei den nationalen Polizeibehörden – eingerichtet werden.
- Bis zur Schaffung einer EU-Kommission für Inneres sollte EUROPOL einem Aufsichtsgremium, z. B. bestehend aus den Leitern nationaler Polizeibehörden, unterstellt werden. ■

Technik-Akzeptanz durch bessere Information

Große Resonanz hat eine Veranstaltung zum Thema „Lebensmittel aus der Gen-Küche" in Heidelberg gefunden. Eingeladen hatte der im Oktober 1994 gegründete „Fachausschuß Wissenschaft und Forschung" der CDU, der in der Universitätsstadt so etwas wie eine Schnittstelle zwischen Hochschule und Politik schaffen will.

Um Unwissenheit, Mißtrauen und Ablehnung zu verhindern, wenn neue Techniken ins Gespräch kommen, hat der Vorsitzende des Fachaussschusses und Diplom-Biologe, Karl Heinz Grube, auch einen Gesprächskreis eingerichtet, der an jedem zweiten Dienstag im Monat eine Anlaufstelle für Fragen und Diskussionen aller Art ist.

Einblick durch Modelle und plastische Vergleiche

Interessierte Bürger sollen sich persönlich mit der Technik auseinandersetzen können oder, wo das nicht möglich ist, durch Modelle und plastische Vergleiche Einblick in die sie interessierenden Themen erhalten.

In knapp zwei Jahren besteht die JU ein halbes Jahrhundert

Vier kalte Januartage lang dauerte die Geburt der Jungen Union Deutschlands. 55 Frauen und Männer aus ganz Deutschland trafen sich vom 17. bis 21. Januar 1947 in Königstein/Taunus, um den Bundesverband aus der Taufe zu heben. Jetzt nähert sich das Jubiläum; in knapp zwei Jahren besteht die Junge Union ein halbes Jahrhundert.

Diese interkonfessionelle, von Kriegsereignissen geprägte Bewegung von damals, in der sisch christlich orientierte und engagierte Menschen versammelten, ist inzwischen zu Europas größter politischer Jugendorganisation herangewachsen. Über 160.000 junge Leute bekennen sich zu den Zielen und Grundsätzen der Jungen Union.

Mit Festakt am Gründerort, Ausstellung und Sonderpublikation soll das große Jubiläum im Jahre 1997 gefeiert werden. Eine speziell vom JU-Bundesverband eingesetzte Arbeitsgruppe unter Vorsitz von Heinrich Böckelühr (JU-Bundesschatzmeister) beschäftigt sich bereits mit der Vorbereitung sämtlicher Festaktivitäten.

Geplant ist eine Wanderausstellung zur Geschichte der Jungen Union sowie die Herausgabe eines Buches, das mit Bildern, Zeitzeugen-Berichten und Portraits aller ehemaligen JU-Bundesvorsitzenden den Jugendverband charakterisiert.

Die Junge Union sucht für die Vorbereitung Zeitzeugen

Wer die Arbeitsgruppe mit Ideen und JU-Materialien unterstützen möchte, wendet sich an **Heinrich Böckelühr** (Gut Böckelühr, 58239 Schwerte, Telefon/Fax: 0 23 04/78 93 67) oder an **Michael Panse,** Bundesgeschäftsführer der Jungen Union Deutschlands (Annaberger Str. 283, 53175 Bonn; Tel.: 02 28/31 00 11, Fax: 02 28/38 45 20). Die Junge Union richtet sich bei diesem Aufruf insbesondere an Zeitzeugen.

Internationale Jugendbegegnung in Amerika

Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband veranstaltet vom 6. bis 20. September 1995 eine internationale Jugendbegegnung an der Ostküste der USA. Auf dem Programm stehen unter anderem Besichtigungen der Städte Washington, New York und Boston sowie gemeinsame Ausflüge mit unserer amerikanischen Partnergruppe in die nähere Umgebung. Der Teilnehmerbeitrag beträgt für Mitglieder von Frischluft 1.890 DM, für Nicht-Mitglieder 1.990 DM und beinhaltet Flug, Unterkunft und Transport innerhalb der USA. Eingeladen sind Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 26 Jahren. Nähere Informationen bei:

Frischluft e.V.
Annaberger Str. 283
53175 Bonn
Tel.: 02 28/31 00 23
Fax: 02 28/31 47 03

Mitgliederoffensive der Jungen Union

Den ersten Teil einer Mitgliederwerbe-Kampagne hat Ende April der Bundesverband der Jungen Union gestartet. Unter dem Titel „1+1 = 11.000" wurden 5.500 Funktionsträger der JU auf allen Organisationsebenen persönlich angeschrieben.

An sie richtet sich die Aufforderung, in diesem Jahr jeweils ein neues Mitglied zu werben. Die 19 Mitglieder des Bundesvorstandes haben es vorgemacht und in den letzten Monaten insgesamt 50 neue Mitglieder für den Verband gewonnen.

Mit dieser Aktion soll der altersmäßige Mitgliederverlust kompensiert und ein stärkerer Basisbezug der Funktionsträger hergestellt werden.

Im Gespräch mit Nicht-Mitgliedern, wird schnell deutlich, wo und wie Veranstaltungen attraktiver und interessanter gestaltet werden müssen.

● Beitrittsheftchen, Aufkleber und Sticker zur Aktion „1+1 = 11.000" können in der Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union bestellt werden: Annaberger Straße 283, 53175 Bonn, Tel. 02 28/31 00 11, Fax: 02 28/38 45 20.

● Auch die Bestell-Liste für weiteres Werbematerial, für Videos, Bücher, Broschüren der Jungen Union erhalten Sie auf Anforderung in der JU-Bundesgeschäftsstelle in der Annaberger Straße.

Personalie

Neue Pressesprecherin der Jungen Union Deutschlands ist ab 1. Mai **Christine Loerke** aus Diepholz in Niedersachsen. Sie tritt die Nachfolge des bisherigen Pressesprechers **Alex Mänz** an. Die 22jährige Journalistin absolvierte ihr Volontariat bei der Syker Kreiszeitung und war zuletzt bei SAT. 1 in Berlin tätig.

Bundeskanzler Helmut Kohl spendet 10.000 DM für die Arbeit des Deutsch-Französischen Jugendwerks

Bundeskanzler Helmut Kohl hat dem Deutsch-Französischen Jugendwerk (DFJW) 10.000 DM gespendet. Der Betrag ist eine Spende anläßlich seines 65. Geburtstages. In einem Brief würdigt der Bundeskanzler die Arbeit des DFJW, das einen „entscheidenden Beitrag zur Versöhnung und dauerhaften Vertiefung der Freundschaft zwischen beiden Völkern geleistet hat".

Gleichzeitig betont Helmut Kohl, daß jede Generation aufs neue ihren Beitrag zur Bewahrung von Frieden und Freiheit leisten müsse. Mit seiner Spende setzt der Kanzler ein ganz persönliches Zeichen für die deutsch-französische Zusammenarbeit in Europa.

Das DFJW wird mit dem Geld ein neues Aktionsprogramm initiieren: junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Museen für Zeitgeschichte erhalten die Möglichkeit, drei Monate lang im Nachbarland zu arbeiten. Durch ein solches Programm soll die Präsentation von Zeitgeschichte verbessert werden.

Das Jugendwerk will damit bei jüngeren Museumsbesuchern das Geschichtsbewußtsein stärken und den

Initialzündung für neues Programm der Museen der Zeitgeschichte in Deutschland und Frankreich

Dialog über die Vergangenheit intensivieren. Durchgeführt wird das Projekt vom Museum für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, dem Gewinner des diesjährigen Museumspreises des Europarates, und der Generaldirektion der französischen Museen.

Das Deutsch-Französische Jugendwerk hat seit seiner Gründung im Jahr 1963 den Austausch von mehr als 5 Millionen Jugendlichen gefördert. Allein im Jahr 1995 werden über 150.000 Teilnehmer an 7.000 verschiedenen Programmen in Städtepartnerschaften, Jugendarbeit, Schulen, Universitäten, beruflicher Bildung, Medien und Kunst teilnehmen.

Billionen warten auf Erben

Rund ein Viertel des gesamten Geldvermögens in Westdeutschland wird in den nächsten fünf Jahren seinen Besitzer wechseln. Denn in Deutschland rollt, glaubt man der Studie der Kölner Unternehmungsberatung BBE, eine gewaltige Erbschaftswelle.

Rund 2,6 Billionen Mark in Geld- oder Sachwerten werden dann von der Generation der Wirtschaftswunderjahre auf eine relativ geringe Zahl an Erben übertragen. Jeder 40. Erbe, so BBE, könne mit der Übertragung von Familienvermögen in Höhe von einer Million Mark und mehr spekulieren.

„Besser als ihr Ruf“

„An Stellungnahmen, die nachweisen, wie schlecht Politiker sind, herrscht kein Mangel.“ Mit dieser Feststellung begründet der ehemalige Bundestagsabgeordnete Alexander Warrikoff das Konzept eines „einseitigen“ Buches, das zeigt, wie die meisten Politiker einfach das tun, was auch die meisten Nicht-Politiker tun: sich nämlich bemühen, ihre Arbeit ordentlich zu machen.

Dabei zeigt sich aber auch, daß „Politik spannend ist und aufreibend, begeistern und deprimieren kann, Illusionen rauben und Ideale prüfen, risikoreich und manchmal so kompliziert ist, daß man fast verzweifelt“.

Warrikoff hat vor 30 Jahren im hessischen Limeshain einen CDU-Gemeindeverband gründen helfen, war Gemeindevertreter, Fraktionsvorsitzender und zwölf Jahre lang Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er weiß also, wovon er schreibt, und er schreibt „flott und lesbar“, wie die FAZ bestätigt.

Wer Einblick in unsere Demokratie nehmen will, wie sie im Tagesgeschäft und „in action“ praktiziert wird, kommt an diesem Buch und seinen „Argumenten gegen den Zeitgeist“ – so der Untertitel – nicht vorbei.

Alexander Warrikoff: Besser als ihr Ruf. Jasmin Eichner Verlag, Offenburg, 236 Seiten mit einem exemplarischen Organisationsplan des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Ladenpreis: 39,90 DM.

Sie finden uns auf der
top'95 / Messe für Frauen
Düsseldorf / Messegelände
6. bis 9. Juli 1995
Halle 3 · Stand 3 D 24

Konrad-Adenauer-Stiftung
Abteilung **Frauen und Politik**

Neues aus Versmold

● **CDU-Lederfußball** (wieder lieferbar)

Ob Torwandschießen, Fußball-Turnier oder Versteigerung mit Autogrammen berühmter Politiker, mit und um den CDU-Lederfußball bieten sich viele attraktive Veranstaltungen für die ganze Familie an:

– *Torwandschießen:*
Beliebt und bekannt seit Jahrzehnten durch das Aktuelle Sportstudio, fiebern jeden Samstagabend Millionen Zuschauer mit, wenn die Top-Sportler Ihr Glück an der Torwand versuchen. Die dafür notwendige Torwand läßt sich sicherlich mit Hilfe aktiver Mitglieder selber herstellen.

– *Fußballturnier*
Veranstalten Sie zusammen mit spontan gebildeten Mannschaften eine „Sommerliga", die z.B gegen eine lokale „Prominentenmannschaft" antritt. Nach dem Finalspiel treffen sich alle Sportler Zuschauer, Freunde und Bekannte zur gemeinsamen Siegesfeier bei einem Generationenfest.

– *Versteigerung*
Lassen Sie den Ball von berühmten Persönlichkeiten, z.B. von Politikern oder Sportlern unterschreiben und versteigern Sie den Ball dann zu Gunsten einer karitativen Einrichtung. (Achtung! Bitte lange Vorlaufzeit für die Unterschriften einkalkulieren)

Bestell-Nr. **9614**
Verpackungseinheit: 1 Ball
Preis je Ball: 25,80 DM

● **CDU-Plastikball**

Damit können Sie bei Ihrer Veranstaltung zusätzlich interessante Spielangebote für kleinere Kinder entwickeln.
Bestell-Nr.: **9933**
Verpackungseinheit: 10 Expl.
Preis je 10 Expl.: 27,50 DM

● **Einkaufs-Chip**

(*Neuproduktion aufgrund der Umfrage in UiD 11/95*)

Wer kennt nicht das Problem – man steht an den Einkaufswagen, und die Suche nach einem Markstück beginnt. Mit dem Einkaufs-Chip haben Sie immer die passende Münze griffbereit. Die Chips werden komplett mit den dazu passenden Chiphaltern geliefert, die Sie an jedem Schlüsselbund befestigen oder z.B. auch im Portemonnaie aufbewahren können. Jede Verpackungseinheit enthält 60 Expl. in drei verschiedenen Farben.

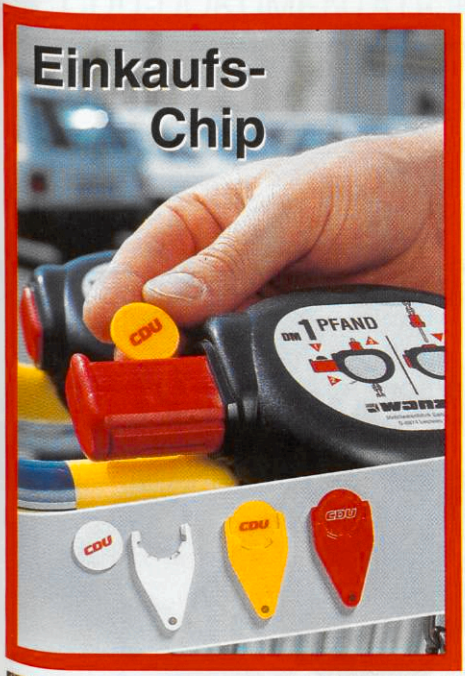
Bestell-Nr.: **9070**
Verpackungseinheit: 60 Expl.
Preis je 60 Expl.: 45,– DM

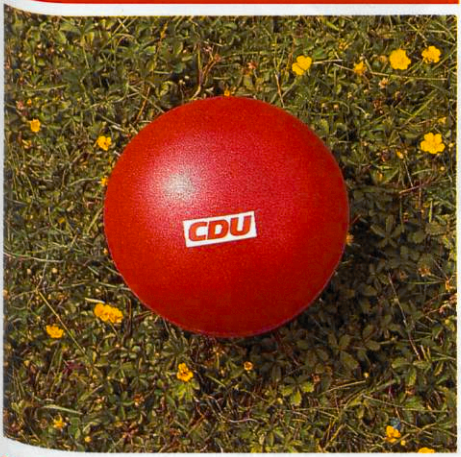
● **„Auf in den Familien-Sommer"**, Aufkleber

Bestell-Nr.: **9941**
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 16,– DM

Aktionstip
Bauen Sie Ihren nächsten Canvassingstand in der Nähe eines großen Kaufhauses, Baumarktes oder z.B. in der Fußgängerzone vor Geschäften mit Chip-Einkaufswagen auf und verteilen Sie den Chip zusammen mit dem neuesten Info-Material der CDU. Über das nützliche und sehr begehrte Werbemittel wird sich jeder freuen.

Weitere Veranstaltungstips *wie z. B. „Generationenfest", „Diskussionstreffs" oder „Zeitzeugen im Gespräch", finden Sie in dem neuen* ***Aktionsleitfaden „50 Jahre CDU",*** *der in jeder CDU-Kreisgeschäftsstelle vorliegt.*





Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Illustrierte „50 Jahre CDU“ mit Teilnahmekarte für Gewinnspiel

Dieses kostengünstige Werbemittel eignet sich besonders als Massenverteilmittel für ihre Canvassing-Aktionen. Auf der Rückseite der Illustrierten finden Sie eine Teilnahmekarte für das Gewinnspiel „50 Jahre CDU“.

Bestell-Nr.: **2062**
Verpackungseinheit:
250 Expl.
Preis je 250 Expl.:
77,– DM

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21

UiD
16/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,– DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.